

Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft. Heft 10



53/100 7/11-89

**Andreas Speck, Sich fügen heißt lügen.
Die Geschichte einer totalen Kriegsdienstverweigerung**

Soldaten
sind
Mörder.

Ant. Tschubik

Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft. Heft 10

Andreas Speck

**Sich fügen heißt lügen. Die Geschichte einer totalen
Kriegsdienstverweigerung**

**Überlegungen zur Verleihung des
Erich-Mühsam-Preises 1995**

Redaktion: Jürgen-Wolfgang Goette, Horst Krause, Sabine Kruse
Herausgeberin: Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V., Lübeck
Textverarbeitung: Ilse Schumacher, Lübeck
Titel: „Erich Mühsam“, Radierung von Horst Janssen
Copyright: Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V., Lübeck
Druck: Radtke-Druck, Lübeck 1995
ISSN: 0940-8975
ISBN: 3-931079-12-0

Erich-Mühsam-Preis 1995

Der Erich-Mühsam-Preis dieses Jahres wird an den Totalverweigerer Andreas Speck vergeben.

Begründung:

Die Jury ist der Meinung, daß Andreas Speck aus mehreren Gründen als Preisträger geeignet ist:

Ihn verbindet mit Erich Mühsam eine anarchistische Grundposition, aus der heraus Kriegs- und Zivildienst als staatliche Zwangsdienste abgelehnt werden. Militarismus in jeder Form wird auf vielfältige Weise bekämpft.

Ähnlich wie Erich Mühsam unbeirrt und mit großem persönlichen Mut seinen Weg verfolgt hat, vertritt auch Andreas Speck seine Positionen mit Konsequenz und Beharrlichkeit und ist bereit, die damit verbundenen gesellschaftlichen Nachteile und mögliche Gefängnisstrafen auf sich zu nehmen.

Aber vergleichbar ist auch der Anspruch, **alle** Bereiche des eigenen Lebens im Sinne einer Herrschaftsfreiheit umzugestalten.

Die theoretischen Wurzeln dieser politischen Biographie sind vielfältig, aber nicht zuletzt spielen Schriften Gustav Landauers und Erich Mühsams eine gewichtige Rolle.

Die Jury

Persönliche Anmerkungen zur Preisverleihung

Fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs bestand Anlaß, darüber nachzudenken, ob und was die Deutschen aus Krieg und Faschismus gelernt haben.

Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die das Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellt hat, löste ein merkwürdiges Phänomen aus: Angesichts der vielfältigen dokumentierten Befehle und Berichte behaupteten fast alle damit konfrontierten ehemaligen Soldaten, daß sie nichts von der "Erledigung", d.h. meist der Erschießung von Hunderttausenden Juden, russischen Kriegsgefangenen, roten Kommissaren und Partisanen, aber auch von Frauen und Kindern, die der Zusammenarbeit mit "dem Feind" verdächtigt wurden, gewußt hätten oder gar an diesem Massenmord beteiligt gewesen seien.

Es ist schon erstaunlich, wieviele Offiziere und Landser gerade in dem Moment im Heimaturlaub oder im Lazarett waren, als ihre jeweiligen Einheiten an sogenannten "Säuberungen" beteiligt waren.

Aber auch der "normale" Krieg, bei dem seit langem mehr Zivilisten als Soldaten umgebracht werden, muß als Massenmord bezeichnet werden. Weshalb soll Mord nicht als Mord bezeichnet werden, wenn er von Uniformierten im Auftrag des Staates begangen wird? Zwei Gründe verhindern diese Stigmatisierung des Krieges als staatlich organisiertes Verbrechen: Die kollektive Verdrängung der individuellen Mitschuld und der Nachfolge-Staat, der an eine Tradition des ehrenvollen und unpolitischen Soldatenhandwerks anknüpfen wollte, um seine Zwangsdienstsysteme zu rechtfertigen. Der Staat braucht weiter den Gehorsam seiner Bürger, eine Tradition des Ungehorsams soll sich deshalb nicht bilden.

Deshalb wurden bis heute die überlebenden Deserteure nicht rehabilitiert, die nicht nur ihre eigene Haut gerettet haben, sondern das eigentlich Vernünftige getan haben. Deshalb wurden die NS-Richter nicht zur Rechenschaft gezogen. Deshalb gibt es den Aufschrei, wenn heute jemand Tucholskys Satz öffentlich sagt, daß Soldaten Mörder sind bzw., vorsichtiger formuliert, potentielle Mörder sind. Viele Täter wurden geschont und landeten nach 1945 wieder in gehobene Positionen, während viele Opfer noch immer auf Entschädigung warten.

Dann ist es nur "konsequent", wenn heute deutsche Beamte Deserteure z.B. aus Ex-Jugoslawien oder Rußland in ihre Krieg führende Heimat zurückschicken wollen, statt sich mit ihnen zu solidarisieren oder sie zumindest vor der Militärjustiz ihrer Länder zu schützen. Der in Tschetschenien geborene Berufssoldat und Deserteur Dschangulow z.B. wollte sich nicht länger an der Tötung seiner Landsleute beteiligen und suchte in Deutschland nach Asyl. Ihm fehlt zu Recht das Vertrauen in die Gerichte seines Landes. Sehen diese den Tschetschenienfeldzug als das an, was er ist, nämlich als einen Krieg, dann droht ihm im Fall der Auslieferung die Todesstrafe. Soll er der deutschen Regierung vertrauen, die mit dem Staats- und Kriegsherrn Boris Jelzin die Zerstörung von Grosny und anderen Städten als innerstaatliche Angelegenheit ansieht? Dann käme er "nur" mit Haft davon.

Ein anderes Beispiel von vielen, um die weltweite Mißachtung von Gewissensentscheidungen zu kennzeichnen, diesmal ein Beispiel aus dem "Musterland der Demokratie", den USA. Der Offizier Rockwood hatte entgegen den Befehlen seines Vorgesetzten während der Invasion in Haiti im September 1994 seinen Posten verlassen, um die Haftbedingungen in einem haitianischen Gefängnis zu untersuchen. Dabei berief er sich auf Oberbefehlshaber Bill Clinton, der angewiesen hatte, einzugreifen, wenn Menschenrechte mißachtet würden. Nun drohen Rockwood zehn Jahre Gefängnis!

Die Bundesrepublik Deutschland hat unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes in das Grundgesetz aufgenommen, was nicht verhinderte, daß jahrelang eine unwürdige Gewissensinquisition betrieben wurde. Inzwischen sind die Bedingungen relativ gelockert, es besteht nahezu freie Wahl zwischen Kriegs- und Ersatzdienst. Der Ersatzdienst ist aber ein Zwangsdienst und kein Friedensdienst, er beschafft billige Arbeitskräfte, ohne die das Gesundheits- und Sozialwesen schon längst zusammengebrochen wäre. Die hohen Zahlen der Kriegsdienstverweigerer in der BRD sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zivildienstleistenden für den Ernstfall in die zivil-militärische Planung eingeplant sind. Abgesehen davon, daß im Krieg üblicherweise die geltenden Gesetze ohnehin rasch außer Kraft gesetzt werden. Totalverweigerung und Engagement für Frieden durch gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse sind konsequentere und deutlichere Zeichen.

Boris Vian, bekannt durch sein Lied "Der Deserteur", das er im Algerienkrieg schrieb und dessen Aufführung in Frankreich verboten wurde, sagte einmal: "Wann soll eigentlich der Krieg abgeschafft werden, wenn nicht im Frieden?"

In diesem Sinn ist die Totalverweigerung, ist der Satz "Soldaten sind (potentielle) Mörder", sind andere Formen zivilen Ungehorsams notwendige Provokationen, um in relativ ruhigen und normalen Zeiten darauf hinzuweisen, daß der Wahnsinn des Krieges nicht erst beginnt, wenn geschossen wird und Städte zerbombt werden, sondern bereits dann, wenn wir mit unseren Steuern die Vorbereitung des Wahnsinns ermöglichen und finanzieren, wenn wir zulassen, daß deutsche Waffen in Krisengebiete exportiert werden, wenn wir zulassen, daß demnächst deutsche Soldaten wieder in fremden Ländern Krieg führen - sei es mit blauen oder olivgrünen Helmen.

Jetzt, wo die angebliche Bedrohung aus dem Osten nicht mehr glaubwürdig zur Rechtfertigung der Rüstungsausgaben herangezogen werden kann, suchen Bundeswehr und NATO neue Rechtfertigungsgründe. Der "Feind" der Zukunft ist arm und lebt im Süden. Zur selben Zeit, da sich das reiche Europa gegen die Flüchtlinge abschottet, die u.a. durch seine eigene Ausbeutungs- und Rüstungsexportpolitik zu Flüchtlingen gemacht werden, ist die Bundeswehr dabei, sich auf ihre neue Rolle als Weltpolizist vorzubereiten. Im Golfkrieg haben wir den Einsatz der alliierten Truppen "nur" mitbezahlt bzw. die Infrastruktur in Deutsch-

land zur Verfügung gestellt. In Zukunft machen deutsche Truppen das schmutzige Geschäft wohl gleich selber!

Wenn wir erkennen, daß der Krieg in friedlichen Zeiten nahezu unbemerkt vorbereitet wird, wenn wir nicht mehr als gehorsame Werkzeuge des Staates funktionieren wollen, bleibt nur die demokratische Tugend des zivilen Ungehorsams.

Der Mühsam-Preis 1995 geht an Andreas Speck, stellvertretend für viele, die heute Nein sagen und nicht bereit sind, das Morden im Namen des Staates, welcher Ideologie auch immer, mitzumachen oder zu ermöglichen. Andreas Speck gehört zu denen, die ihr Leben freiwillig als einen Friedensdienst organisieren.

Wolfgang Hertle

Die Geschichte einer totalen Kriegsdienstverweigerung - kurzer Überblick -

Exemplarisch für viele totale Kriegsdienstverweigerungen in der BRD stelle ich die "Geschichte" meiner totalen KDV dar. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die hier geschilderte Repression nicht der "Regelfall" ist, sofern es einen solchen überhaupt gibt.

- Juni 1983: Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nach Art. 4 Abs. III "Grundgeschwätz". Am 1. Juni 1983 trat ein neues KDV-Gesetz in Kraft, mit dem zum einen die Dauer des Zivildienstes von vorher 16 auf 20 Monate verlängert wurde (1/3 länger als Wehrdienstzeit), zum anderen das mündliche Anerkennungsverfahren durch ein i.d.R. rein schriftliches Verfahren ersetzt wurde - bei gleichzeitiger Verkürzung des Rechtsweges. Die Befürchtung der KDV-Bewegung war damals, daß dadurch die Anerkennungsquoten sinken würden. Daher stellte ich meinen Antrag vor Inkrafttreten des neuen KDV-Rechtes.
- 8.8.1984: Anhörung vor dem Ausschuß für KDV beim Kreiswehrrersatzamt Duisburg. Die Gewissensinquisition führte zu dem Ergebnis, daß mir kein Gewissen attestiert wurde - Antrag abgelehnt; Widerspruch eingelegt.
- 3.12.1985: Anhörung vor der Kammer für KDV bei der Wehrbereichsverwaltung III: Anerkennung als staatlich geprüfter Gewissensträger (Kriegsdienstverweigerer nach Art. 4 III GG).
- 4.8.1986: Antritt des Zivildienstes
- 21.8.1986: Abbruch des Zivildienstes
 In einem offenen Brief an das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) vom 22.8.1986 begründete ich diesen Schritt kurz. Nach einer Darlegung der Einplanung des Zivildienstes in die Gesamtverteidigung heißt es darin: *"In meiner Begründung des Widerspruchs gegen den ablehnenden Bescheid des Ausschusses für Kriegsdienstverweigerung beim Kreiswehrrersatzamt Duisburg, von mir abgesandt am 15.9.1985, schrieb ich: 'Mein Gewissen verbietet mir jedoch auch jede indirekte Unterstützung eines Krieges, denn auch durch eine indirekte Unterstützung würde ich mich an der Vernichtung menschlichen Lebens beteiligen.'*
Aus den oben genannten Gründen ist jedoch auch der Zivildienst ein indirekter, und im Kriegsfall sogar ein direkter Kriegsdienst. Dessen Ableistung kann ich jedoch mit meinem Gewissen nicht vereinbaren! (...) Ich fühle mich zu dieser Verweigerung verpflichtet, um mich der Einplanung in die Kriegsstrategien zu entziehen."

- 26.1.1987: Verhandlung wegen "Dienstflucht" vor dem Amtsgericht Duisburg-Ruhrort. Ergebnis: **6 Monate mit Bewährung** mit der Auflage, *allen Anweisungen des Bundesamtes für Zivildienst Folge zu leisten (im Klartext: Wiederantritt des Zivildienstes!)* Aus dem Urteil: *"Allerdings hat der Angeklagte dieses Geständnis nicht aus Einsicht in das Tatumrecht, sondern aus den gleichen politischen Erwägungen heraus abgelegt, die auch seiner Tat zugrundeliegen. Die von dem Angeklagten in der Hauptverhandlung vorgebrachten Tatgründe entlasten ihn nicht. Nur vordergründig hat der Angeklagte seine Tatgründe als Gewissensgründe bezeichnet. Tatsächlich beruht die Tat auf einer Abneigung nicht nur gegenüber der tatsächlichen Ausgestaltung des Zivildienstes mit seinen Unterordnungspflichten, sondern vielmehr auch auf einer politisch begründeten grundsätzlichen Aversion gegenüber dem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat in seiner gegenwärtigen Verfassung."*
Gegen das Urteil legten sowohl die Staatsanwaltschaft, als auch die Verteidigung Berufung ein.
- 25.2.1987: Erneute Dienstantrittsaufforderung des Bundesamtes für den Zivildienst.
- 15.5.1987: Verhandlung vor dem Landgericht Duisburg. Ergebnis: **Acht Monate mit Bewährung plus DM 720,- Geldbuße.** Auch das Landgericht Duisburg hat keine Gewissensgründe anerkannt. Dagegen wurde von der Verteidigung Revision eingelegt.
- 12.10.1987: Ablehnung der Revision durch das Oberlandesgericht Düsseldorf.
- 30.11.1987: Theoretisches Ende der Zivildienstzeit. Die rückwirkende - fiktive - Entlassung erfolgte mit Datum vom 3.2.1988.
- 5.2.1988: Einberufung zum Zivildienst vom 5.4.1988 bis 14.7.1989
- 9.11.1988: Verhandlung vor dem Amtsgericht Duisburg. Ergebnis: "Das Verfahren war wegen Vorliegen eines Verfahrenshindernisses auf Kosten der Staatskasse einzustellen. Bei der im vorliegenden Verfahren angeklagten Tat handelt es sich um dieselbe Tat im Sinne des Artikel 103 Abs. III Grundgesetz, derentwegen der Angeklagte mit rechtskräftigem Urteil des Amtsgerichts Duisburg-Ruhrort vom 26. Januar 1987 - 3 Ds 12Js 588/86 (865/86) - in Verbindung mit dem Urteil des Landgerichts Duisburg vom 15. Mai 1987 - VIII Ns 42/87 - rechtskräftig seit dem 13.10.1987 - bereits zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, da die wiederholte Nichtbefolgung einer Einberufung zum zivilen Ersatzdienst auf die vor der ersten Verurteilung im Januar 1987 ein für allemal getroffene, fortwirkende, ernsthafte und einheitliche Gewissensentscheidung zurückgeht, jeglichen Kriegs- und Ersatzdienst zu verweigern."

Dagegen legte - wie zu erwarten war - die Staatsanwaltschaft Berufung ein.

16.5.1989: Verhandlung vor dem Landgericht Duisburg. Ergebnis: **acht Monate ohne Bewährung!** In Verbindung mit dem Urteil des LG Duisburg vom 15.5.1987 bedeutete das in der Summe 16 Monate Knast!

Aus dem Urteil: *"Der Angeklagte hat sich erneut eines Vergehens gegen § 53 ZDG schuldig gemacht. Es gibt kein Recht auf Verweigerung auch des Zivildienstes. Die Rechtsfolge bedeutet eine Bestrafung des Angeklagten.*

Dem vorliegenden Verfahren steht das Verfahrenshindernis des Art. 103 Abs. 3 GG nicht entgegen. Das Verbot der Doppelbestrafung setzt voraus, daß der Angeklagte mit seinem Entschluß vom 21.8.1986 eine fortdauernde und ernsthafte, an den Kategorien von 'gut' und 'böse' orientierte Gewissensentscheidung getroffen hat. Ein besonders sensibles Gewissen des Angeklagten muß seinerzeit Motiv für seine Verweigerungshandlung gewesen sein. Dagegen können Gewissensbedenken, welche sich lediglich gegen die konkrete Ausgestaltung des Zivildienstes und die dahinterstehende politische Zielsetzung des Gesetzgebers richten, keine geeignete Grundlage für die Annahme einer einzigen Tat bieten.

Dabei sind scharfe Prüfungskriterien anzulegen (s. dazu insbesondere das OLG Düsseldorf, NJW 85, 2429).

Die geoffenbarte Gesinnung des Angeklagten hält einer derartigen Prüfung nicht stand. Eine kritische Würdigung seiner Ansichten ergibt, daß ihn ersichtlich nicht ein sehr subjektives sublimes Gewissen zu der Verweigerung zwingt; er nicht von schweren inneren Konflikten gequält wird, die ihn nötigen, so und nicht anders seine Entscheidung zu treffen. Was der Angeklagte hier aufbringt, ist die Wiedergabe der Anliegen und Ziele der radikalen Ökologie- und Friedensbewegung in besonders extremer Erscheinungsform; der Angeklagte schließt sich diesen Auffassungen lediglich unkritisch an und bekennt sich zu ihnen. Dieser kämpferischen Bewegung geht es vor allem um die Abschaffung der Bundeswehr und NATO, sie führt eine kompromißlose Kampagne gegen das Militärische überhaupt. Es handelt sich bei ihr um einen politischen Pazifismus, der in seinen Forderungen bis zum äußersten geht. Mit dieser unbedingten Position verneint die Bewegung gleichsam nebenher auch den Zivildienst, den sie als Teil des militärischen Komplexes versteht. Zugleich gefällt ihr das innere Gefüge des Zivildienstes nicht. Eben dies ist auch der Standpunkt des Angeklag-

ten, der sich erklärtermaßen in jeder Ökologie- und Friedensbewegung engagiert. (...) Der Angeklagte macht mit seinen Erklärungen also nicht eine eigene, sittlich urpersönliche Abwägung sichtbar, es werden lediglich allgemein humanitäre und politische Auffassungen bekundet, deren Tonfall durch unsachlich und bössartige Formulierungen, wie 'Bürgerkriegsarmee Polizei', 'Mordmaschine Militär' oder 'Tiefflugterroristen' die tatsächliche Position des Kundgebers noch besser herausstellt. (...) Bei den Strafzumessungserwägungen möchte das Berufungsgericht wiederum zugunsten des Angeklagten hervorheben, daß eine bloße Drückebergerei sicherlich nicht vorliegt und die "Weltanschauung" des Angeklagten aus seiner Sicht redlich ist. Zu seinen Lasten ist die einschlägige Vorstrafe zu sehen. Daneben liegt ein Bewährungsbruch vor. Ferner muß der Strafrahmen des § 53 ZDG gesehen werden, der eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren gestattet. Unter Abwägung aller Umstände ist eine Freiheitsstrafe von acht Monaten tat- und schuldangemessen. Die Vollstreckung der Strafe kann jetzt nicht mehr nach § 56 StGB zur Bewährung ausgesetzt werden. Die einschlägige Vorstrafe, das Versagen in der Bewährung und die negative Position des Angeklagten begründen keine gute Prognose, so daß eine Strafaussetzung nicht zulässig ist."

Gegen dieses Urteil wurde von der Verteidigung Revision eingelegt.

- 18.9.1989: Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf: Aufhebung des Urteils des Landgerichts Duisburg vom 16.5.1989, allerdings nur aus formalen Gründen! Aus den Urteilsgründen: "Entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers hat die Strafkammer rechtsbedenkenfrei dargetan, daß der erneuten Verfolgung des Angeklagten wegen Dienstflucht die Bestimmung des Art. 103 Abs. 3 GG **nicht** entgegensteht. Die erste Bestrafung des Angeklagten wegen Dienstflucht wäre allerdings dann ein Verfahrenshindernis für die erneute Verfolgung wegen einer gleichartigen Straftat, wenn der Dienstverweigerung eine fortdauernde und ernsthafte, an den Kategorien von 'gut' und 'böse' orientierte Entscheidung des Gewissens zugrunde läge. (Vgl. Urteil des Senats vom 3. Juni 1985, in dem die Erwägungen von BVerfGE 23, 191 ff. ausgewertet worden sind). Wie die Strafkammer rechtsbedenkenfrei festgestellt hat, konnte beim Angeklagten davon keine Rede sein Wenn das angefochtene Urteil gleichwohl aufgehoben werden mußte, so allein deshalb, weil nicht sicher auszuschließen ist, daß die Strafkammer möglicherweise einen Zeitabschnitt, der bereits der Verurteilung vom 26. Januar 1987

29.-
31.5.1990:

(Berufungshauptverhandlung am 15. Mai 1987) zugrundelag, auch zum Gegenstand ihrer jetzigen Verteilung gemacht hat.
Verhandlung vor dem Landgericht Duisburg: Ergebnis: **Einstellung des Verfahrens (Bestätigung des Urteils des AG Duisburg vom 9.11.1988)**. Aus dem Urteil: "Der Annahme einer Gewissensentscheidung steht ferner nicht die rational-politische Argumentation des Angeklagten entgegen. Die Fähigkeit zu einer ernststen bindenden Gewissensentscheidung ist keineswegs auf unpolitische Menschen beschränkt. Der Angeklagte ist ersichtlich ein 'politischer' Mensch, der sich bezüglich seiner ihn bewegendem Anliegen einer entsprechenden sprachlichen Argumentationsweise bedient. Die ernsthafte Gewissensentscheidung kann ihm nicht abgesprochen werden, weil er seine Einstellung so, d.h. in der ihm gemäßen Weise, zum Ausdruck bringt und nicht anders. Wäre eine rational-politische Argumentation ein Anzeichen für eine fehlende Gewissensentscheidung, so läge es nahe, Berufungspolitikern in nicht seltenen Fällen eine Gewissensentscheidung abzusprechen. Jedenfalls kann nach Auffassung der Kammer einer rationalen Argumentationsweise hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der dahinter stehenden Gewissenserwägungen kein geringeres Gewicht beigemessen werden als irrational-religiösen vom Verstand her nicht ohne weiteres nachvollziehbaren Darlegungen bzw. Begründungen für ein bestimmtes Tun. Der Angeklagte vertritt überdies durchaus keine völlig realitätsferne Utopie, so daß schon deshalb eine echte Gewissensentscheidung in Zweifel gezogen werden müßte. Seine Maximen beziehen sich im Gegenteil auf die dringenden Anliegen der Menschheit und ihr Überleben."

Der persönlich verfolgungswütige Oberstaatsanwalt fühlte sich davon betroffen und legte erneut Revision gegen das Urteil ein. In einem Vermerk Peschkens kommen die Beweggründe zum Ausdruck: "In der Hauptverhandlung am 29. und 31.5.1990 war ich Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft.

Bereits vor Beginn der Hauptverhandlung wurde ich darauf hingewiesen, daß ein erhebliches Personenaufkommen zu dieser Hauptverhandlung zu erwarten sei.

Am Morgen vor der Hauptverhandlung befanden sich eigenartig anmutende menschliche Gestalten in größerer Anzahl vor dem Landgericht, insbesondere aber auf den Fluren vor dem Verhandlungssaal und nach Einlaß auch im Sitzungssaal. Diese Personen waren durchweg gekennzeichnet durch lange Haare und ungepflegtes Äußeres sowie ähnliche Kleidung. (...)

Im Verlaufe der Hauptverhandlung gaben die anwesenden zahl-

reichen Zuhörer, die nach dem äußeren Erscheinungsbild der Sympathisantenschaft des Angeklagten zuzuordnen waren, häufig laute Beifalls- und Mißfallenskundgebungen von sich, obwohl der Vorsitzende Beschwichtigungsversuche unternahm.

Während des Schlußvortrages ertönte lautes Lachen, als ich erwähnte, daß auch 'Gehorsam' eine sittliche Tugend sein könne. Nach der Urteilsverkündung brachen die Zuhörer in lang anhaltenden donnernden Beifall aus.

Peschken, 2.10.1990"

2.7.1991: **"Die Revision der Staatsanwaltschaft wird als unbegründet verworfen."** Aus dem Urteil: "Ohne entscheidenden Einfluß auf die Einordnung der vom Angeklagten getroffenen Entscheidung als Gewissensentscheidung ist, daß er auch verstandesmäßige, ethische, weltanschauliche und sonstige Überlegungen angestellt hat. (...) In Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechung (vgl. Urteil des Senats vom 3. Juni 1985 - 2 Ss 95/85 - 103/85 II - a.a.O.) vertritt der Senat nicht mehr die Auffassung, daß bei der Beurteilung der Frage, ob eine den Täter bindende und ihn verpflichtende Gewissensentscheidung getroffen worden ist, der Maßstab gelten muß, der durch die Angehörigen der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas gesetzt worden ist. Dies widerspricht dem Charakter einer Gewissensentscheidung, die notwendigerweise individuell geprägt ist und deren Wahrhaftig- und Ernsthaftigkeit sich nicht anhand von Gewissensentscheidungen Dritter überprüfen läßt. Einen Maßstab, der sich an dem Gewissen der Angehörigen der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas ausrichtet, anzulegen, würde dazu führen, daß Gewissensentscheidungen bewertet würden. (...) Der Umstand, daß sich der Angeklagte gegen die hinter der Einrichtung des Zivildienstes stehende politische Zielrichtung des Gesetzgebers ausspricht, steht einer Gewissensentscheidung nicht entgegen. Denn grundsätzlich muß derjenige, der den Wehr- und Zivildienst - aus welchen Motiven auch immer - ablehnt, zwangsläufig die Grundentscheidung der Verfassung, daß in Erfüllung der Wehrpflicht jedenfalls Zivildienst zu leisten ist und die damit verfolgte politische Zielsetzung, mißbilligen."

Mit diesem Urteil fand die totale KDV nach fünf Jahren endlich ein juristisches Ende. Oberstaatsanwalt Peschken erhielt insofern auch seinen Denkkettel, da das OLG Düsseldorf seine bis dahin in Sachen totale KDV sehr rigide Rechtsprechung korrigierte und mit dem Urteil vom 2.7.1991 ein auf dieser Gerichtsebene eher fortschrittliches Urteil vorlegte.

Sich fügen heißt lügen

Politische Kurzbiographie aus Anlaß der Verleihung des Erich-Mühsam-Preises 1995

Diese „Autobiographie“ wurde aus Anlaß der Verleihung des Erich-Mühsam-Preises 1995 geschrieben. Sie stellt gewissermaßen einen Versuch dar, meine politischen Aktivitäten im Zusammenhang darzustellen und vielleicht teilweise auch so etwas wie "Bilanz" zu ziehen.

Unpolitische Vorgeschichte

Geboren 1964 in Duisburg im Ruhrgebiet und aufgewachsen in einem Großstadtvorort in einer Angestelltenfamilie mit drei Kindern, gibt es aus den ersten Jahren in politischer Hinsicht nichts zu berichten. Allerdings zeichnete ich mich durch einen soliden Dickschädel und eine ausdauernde Sturheit aus, wenn es darum ging, meinen Willen durchzusetzen (seien es nun lange Haare oder die Abmeldung vom Religionsunterricht sofort nach der Religionsmündigkeit).

Von daher beginnt meine politische Biographie mit meinem Eintritt ins Arbeitsleben bei einem großen deutschen Chemiekonzern - dem IG Farben-Nachfolger Bayer AG, Werk Uerdingen, 1981.

Nepper, Schlepper, Proletenfänger Lust und Frust in einer Großorganisation

Der Eintritt in die Gewerkschaft als angebliche Interessenvertretung der ArbeiterInnen war für mich selbstverständlich. Halb aus eigenem Interesse, halb von FreundInnen gezogen, schnupperte ich in Seminare der Gewerkschaftsjugend sowie die gewerkschaftliche Jugendarbeit hinein. Schnell offenbarten sich mir die Widersprüche zwischen dem formulierten Anspruch und der gewerkschaftlichen Realität: der theoretische Aufbau dieser Großorganisation von unten nach oben kollidierte mit der Praxis des "Befehlsempfangs" von oben nach unten. Die sogenannte Interessenvertretung der ArbeiterInnen erschöpfte sich in erster Linie im alljährlichen Ritual des "Tarifkampfes" und thematisierte Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte oder gar betriebliche Demokratie und Selbstverwaltung nicht. Neue innergewerkschaftliche Initiativen wurden eher gebremst als gefördert, vor allem wenn sie nicht den Interessen der Gewerkschaftsführung entsprachen. Friedenspolitische oder gar umweltpolitische Forderungen kollidierten in der IG Chemie regelmäßig mit den politischen Interessen der Gewerkschaftsführung. Die Lust am gewerkschaftlichen Engagement wich schnell dem Frust über diese hierarchische Großorganisation, was sich bis heute in einer tiefsitzenden Abneigung gegen jede Form von hierarchischer Organisation auswirkt.

Dennoch war diese Zeit wichtig für mich. Diese ersten politischen Erfahrungen führten zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem hiesigen Gesellschaftssystem und zur Suche nach Alternativen zum Kapitalismus. Nach drei Jahren der Ausbildung kehrte ich der kapitalistischen Arbeitswelt den Rücken. Die nachhaltigste Folge meines kurzen Ausflugs in die kapitalistische Arbeitswelt war eine intensive Beschäftigung mit Konzepten der ArbeiterInnen-selbstverwaltung, mit Erfahrungen der CNT in Spanien 1936 - 1939, und daraus folgend mit den Utopien einer anarchistischen Gesellschaft.

Als Lebensperspektive konnte (und kann) ich es mir nicht mehr vorstellen, unter hierarchischen Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

Anti-AKW & Energiewende

Meine außergewerkschaftlichen politischen Aktivitäten begannen mit der Teilnahme an der Großdemonstration gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar 1982. Dies war gleichzeitig mein Einstieg in die Anti-AKW-Arbeit, zunächst überwiegend mit Menschen verschiedener Greenpeace-Kontaktgruppen aus dem Niederrhein-Gebiet, später kam dazu die Teilnahme an Aktionen der Anti-AKW-Bewegung (z.B. Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop, WAA Dragahn, WAA Wackersdorf) und an Konferenzen (u.a. Atommüllkonferenz und Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung 1985 in Braunschweig). Dazu kam eine intensive inhaltliche Beschäftigung mit Energiepolitik, Strukturen der Atom- und Energiewirtschaft und alternativen Formen der Energienutzung. Diese Beschäftigung - wie auch die praktische Erfahrung von Arbeitsbedingungen in der chemischen Industrie - blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Wahl meines Studienfaches.

Nach der Aufnahme meines Umweltstudiums und dem damit verbundenen Umzug nach Bad Kreuznach in der Nähe von Mainz führte ich diese Arbeit in der "*Umweltgruppe an der Fachhochschule*" fort. Nach dem 26. April 1986 (Tschernobyl) war unsere Gruppe im Rahmen von Veranstaltungen der "neuen" Anti-AKW-Bewegung besonders gefordert.

Wir organisierten die verschiedensten Aktionen, in denen wir insbesondere den Bezug der Tschernobyl-Katastrophe zu unserer eigenen Region herstellten. Daraus ergaben sich u.a. die Forderung nach einer Entflechtung des RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) und auch eine Analyse der Verwicklung des Landkreises Bad Kreuznach bzw. seines Landrates in die RWE-Politik. Die Einberufung zum Zivildienst unterbrach meine Aktivitäten in diesem Bereich. Ich verließ zunächst Bad Kreuznach und nahm meinen Wohnsitz wieder in Duisburg. Die aufgezwungene Beschäftigung mit Zivildienst und totaler KDV führte dazu, daß ich zunächst wenig aktiv im Bereich Anti-AKW war.

Nach meiner Rückkehr nach Bad Kreuznach im Januar 1987 konnte ich an die alten Aktivitäten kaum noch anknüpfen. Die Halbwertszeit der Betroffenheit, m. E. der wesentlichste Antrieb der "neuen Anti-AKW-Bewegung", hatte sich als

kürzer erwiesen als die Halbwertszeit von Cäsium 137 (30 Jahre). Dazu kamen neue Themen in der Region, wie die kurz vorher bekannt gewordene Vergiftung des Kreuznacher Trinkwassers, die von einigen Unbekannten durch eine spektakuläre Fälschungsaktion offizieller Schreiben an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Auch der Widerstand gegen die Volkszählung 1987 erforderte viel Zeit und Kraft.

Volkszählung und Überwachungsstaat

1983 versuchte der Staat zum ersten Mal seit der Volkszählung 1970 "seine Schäfchen" nicht nur erneut zu zählen, sondern auch detailliert auszufragen. Dieser Versuch scheiterte an dem starken Widerstand der BürgerInnen und letztlich auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Während ich mich 1983 überwiegend durch das Kleben von Plakaten beteiligte, stieg ich 1987 tiefer ein. Die Bad Kreuznacher Initiative leistete eine für Kleinstadtverhältnisse beachtliche Arbeit und konnte auch mehr als 1.000 Erhebungsbögen einsammeln und in der Stadt verkleben. Wie nahezu überall brach die Bewegung jedoch nach den ersten Androhungen von Zwangsmaßnahmen schnell zusammen. Die InitiatorInnen des Widerstandes - und da bildete die Kreuznacher Initiative leider keine Ausnahme - hatten es versäumt, sich und die potentiellen BoykotteurInnen auf eventuelle juristische Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, in dem naiven Glauben, daß der massenhafte Boykott schnell zur Aufgabe der Volkszählung führen würde.

Für einige wenige in Bad Kreuznach blieb also noch monatelang die Arbeit, das juristische und politische Vorgehen gegen Zwangsmaßnahmen zu koordinieren und selbst sich diesen nicht zu beugen. Ich selbst hatte noch über ein Jahr nach Ende der Volkszählung meinen Bogen - trotz verlorenen Widerpruchverfahrens - nicht ausgefüllt, so daß die "Zählstelle" schließlich aufgab.

Während die Volkszählungsinitiative vor sich hindümpelte und es nicht schaffte, gegen die Einführung des damals noch neuen Personalausweises zu mobilisieren, und schließlich sanft entschlief, entwickelte sich aus den Erfahrungen der Initiative mit der Kreuznacher Presselandschaft heraus eine neue Initiative: der Kreuznacher STADTSCHREIER erblickte das Licht der Welt. Diese linke und radikale Stadtzeitung war jedoch ein Schnellschuß und für eine Kleinstadt wie Bad Kreuznach auch zu radikal. Die lokalen Initiativen schienen wenig an der Schaffung von Gegenöffentlichkeit interessiert zu sein, und so stellte der STADTSCHREIER nach vier Ausgaben sein Erscheinen wieder ein.

Dennoch war dies eine wichtige Erfahrung und ein Versuch, der sich in jedem Falle gelohnt hat. Die Redaktionsgruppe war jedoch zu heterogen, die Arbeit des Tippens und Layoutens hing schon aufgrund der technischen Ausrüstung zu sehr an mir, und die inhaltliche Linie war zu radikal, um in der Kleinstadtszene auf Gegenliebe zu stoßen. Für libertäre Positionen war zwischen der relativ starken DKP und Grün-nahen Positionen kein Platz.

Antimilitarismus und KDV

Anfang der 80er Jahre war die Zeit der erstarkenden Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluß zur Stationierung von atomaren Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern. Während die jüngeren AktivistInnen von den großen Demonstrationen in Bonn und anderswo heute kaum etwas wissen, trauern viele alte AktivistInnen den "guten alten Zeiten" nach.

Angestoßen durch diese Friedensbewegung und durch die Diskussion um die Verlängerung des Zivildienstes bei gleichzeitiger Änderung des Anerkennungsverfahrens für KDV stellte ich im Juni 1983 - kurz vor Inkrafttreten der Änderungen zum 1.7.1983 - meinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

Friedenspolitisch aktiv war ich zu dieser Zeit - von der Teilnahme an Demonstrationen, ein oder zwei Blockadeaktionen und dem gelegentlichen Verteilen von Flugblättern einmal abgesehen - zunächst nicht. Die politischen Aktivitäten beschränkten sich zunächst auf die Gewerkschaftsjugend, und vom Interesse her weitete sich diese Arbeit eher in Richtung Anti-AKW aus.

Im ersten Anlauf wurde mir vom zuständigen "Ausschuß für KDV" kein Gewissen attestiert und mein KDV-Antrag mithin abgelehnt. Kurz nach meinem Umzug nach Bad Kreuznach stand das Widerspruchsverfahren zur KDV-Anerkennung an, bei dem mir schließlich von der zuständigen Kammer ein Gewissen bescheinigt wurde - sprich: Ich war nun anerkannter Kriegsdienstverweigerer nach Artikel 4 Absatz 3 "Grundgeschwätz". Und dies, obwohl ich schon längst keinen Sinn mehr in der Ableistung des Zivildienstes sah.

Parallel zu den Tschernobyl-Aktivitäten wurde mir vom Bundesamt für den Zivildienst die Einberufung angekündigt. Damit stand die Frage auf der Tagesordnung, ob ich dieser Einberufung folgen sollte. Hierbei ging es weniger um die inhaltliche Bewertung des Zivildienstes, sondern vor allem darum, ob ich bereit und in der Lage wäre, die sich aus einer totalen KDV ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Alle Versuche, der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, scheiterten, und so trat ich am 4.8.1986 zunächst - ohne eine Entscheidung getroffen zu haben - den Zivildienst an, brach ihn aber 2 1/2 Wochen später wieder ab. Doch diese zweieinhalb Wochen waren eine harte Zeit, in der ich dauernd hin- und hergerissen war, ob ich nun den Weg der totalen KDV gehen sollte oder nicht.

Die Entscheidung fiel schließlich in der Nacht zum 21.8.1986, und als ersten Schritt zur Umsetzung ließ ich mir die Zeit des Aufstehens nicht mehr durch den Dienstplan diktieren. Auch wenn mein Versuch, den entgangenen Schlaf der letzten Tage nachzuholen, zum Scheitern verurteilt war, so lag darin doch ein befreiendes Element.

Nachdem ich schließlich meine Sachen gepackt, dem Dienststellenleiter meinen Zivi-Ausweis auf den Tisch geknallt und die Dienststelle verlassen hatte,

fühlte ich mich besser und vor allem freier (trotz der nun folgenden staatlichen Reaktionen).

Es kam, was kommen mußte: wiederholte Dienstantrittsaufforderungen, Anklageschrift wegen Dienstflucht und schließlich die erste Verhandlung. Ich sah mich mit vollkommen neuen Aufgaben konfrontiert: Öffentlichkeitsarbeit für den Prozeß, Prozeßvorbereitung etc., und hierbei war es sehr wichtig, den Kontakt zu anderen tKDVern zu suchen und zu finden.

Aufgezwungen durch die tKDV und verstärkt dadurch, daß bei meiner Rückkehr nach Bad Kreuznach keine Anti-AKW-"Bewegung" mehr existierte, nahm nun Antimilitarismus bei meinen Aktivitäten einen wesentlich höheren Stellenwert ein, zeitweise verdrängt von der Volkszählung 1987. Ich bemühte mich um Zusammenarbeit mit den in Bad Kreuznach friedenspolitisch aktiven Gruppen, von denen es zu dieser Zeit noch zwei gab: eine so gut wie eingeschlafene DFG-VK und ein dem Minimalkonsens der Friedensbewegung verhaftetes und DKP-dominiertes "Friedensbündnis". In beiden Gruppen konnte ich mich jedoch inhaltlich nicht wiederfinden, so daß ich mich darauf verlegte, mir je nach Aktion die jeweiligen BündnispartnerInnen zu suchen. Doch kostete dieses Einzel-kämpfertum häufig auch Kraft und führte immer wieder zu Frustrationen.

Die erste Aktion gab es am 1. April 1987. Kein Aprilscherz, sondern aus Anlaß des dreißigsten Jahrestages der Einberufung der ersten Wehrpflichtigen zur Bundeswehr mauerten etwa 15 Leute das Kreuznacher Kreiswehrrersatzamt symbolisch mit alten Weinkartons zu. Polizei und Presse erschienen nach einiger Zeit, und schließlich räumten wir das Feld, da es uns nicht auf Strafverfahren ankam.

Nach der rechtskräftigen Verurteilung im ersten Verfahren und aufgrund der Aktivitäten in Folge der Volkszählung bzw. der Gründung des STADT-SCHREIER schlofen meine Aktivitäten im Bereich Antimilitarismus zunächst wieder ein. Dies lag vor allem daran, daß sich hier vor Ort keine Perspektive für eine Gruppe ergab, die als Arbeitsgrundlage einen radikalen, antistaatlichen Antimilitarismus hat. Im Friedensbündnis gab es noch nicht einmal einen Konsens für die Abschaffung der Wehrpflicht (die DKP hielt die Wehrpflicht als demokratisierendes Element innerhalb des Militärs hoch, auch wenn das sowohl historisch falsch, als auch praktisch widerlegt ist), und die DFG-VK schlof zum einen, war zum anderen auf die Beratung für KDV nach Artikel 4 Abs. 3 GG orientiert.

Einen erneuten Aufschwung gab es erst wieder Anfang 1989. Durch Zufall erfuhr ich, daß sich der Landkreis Bad Kreuznach an der zivil-militärischen NATO-Übung WINTEX-CIMEX beteiligen würde. Dies war die Gelegenheit für einen Wiedereinstieg in die lokale friedenspolitische Arbeit unter radikal-antimilitaristischen Vorzeichen. Nahm ich bei WINTEX-CIMEX 1987 lediglich mit meiner damaligen WG an einer Aktion vor dem Regierungsbunker in der Eifel teil, bei der wir uns bei Temperaturen unter Null Grad zwar kalte Füße holten, es aber nicht zu der geplanten Blockade des Einzugs des Bonner Notparlaments

kam, da wir einer Fehlinformation aufgesessen waren, so ließen sich für WINTEX-CIMEX 1989 vor Ort Aktionen organisieren. Wir gründeten das "Aktionsbündnis gegen WINTEX-CIMEX", bei dem zwar einige Organisationen drunterstanden, das aber im wesentlichen von nur drei Personen getragen wurde. Dieses Aktionsbündnis trat sofort mit einer Erklärung an die Presse und kündigte Protest- und Behinderungsaktionen an.

Die Resonanz war unerwartet gut. Es gelang uns, von Beginn an eine Diskussion in den LeserInnenbrief-Spalten in Gang zu bringen und mit Beginn der Übung nahezu täglich in der Presse zu sein. Tägliche Mahnwachen und sogar eine kleine Demonstration boten regelmäßig Anlaß zur Berichterstattung, und eines Morgens verkündeten Plakate an den Telefonzellen, daß diese aus Anlaß der Übung abgeschaltet würden.

Die erfolgreiche Kampagne motivierte zur Weiterarbeit, und so planten wir einige Zeit später wiederum eine gemeinsame Kampagne zum Thema DESERTEURE, bei der es diesmal gelang, die DFG-VK nicht nur formal einzubinden, sondern zu aktiver Mitarbeit zu bewegen. Diese Kampagne war zeitlich länger angelegt - von der Idee bis zum Ende der Kampagne verging insgesamt fast ein Jahr - lag mir aber inhaltlich wesentlich näher, da sie eindeutig antimilitarisch war und die Existenz jeder Armee in Frage stellte. Öffentlich startete die Kampagne mit einer Kranzniederlegung am Volkstrauertag 1989, gipfelte jedoch schließlich im Mai 1990 in einer Ausstellung von Kunstwerken zum Thema Desertion, verbunden mit Veranstaltungen zu Antimilitarismus und Gewaltfreiheit ("Ziviler Ungehorsam", "Bundesrepublik ohne Armee", "Militär in Bad Kreuznach", etc...).

In mein Aktivitätsloch in Sachen Antimilitarismus fiel meine zweite Einberufung zum Zivildienst Anfang 1988. Es folgte Ende 1988 die erste Verhandlung in diesem Doppelbestrafungsverfahren, in die ich wenig Arbeit steckte (sowohl inhaltlich, als auch im Hinblick auf Soli-Arbeit), aber dennoch wurde das Verfahren wegen Verbots der Doppelbestrafung eingestellt. In die Zeit zwischen WINTEX-CIMEX und dem Projekt DESERTEURE fiel die Berufungsverhandlung, die schließlich mit einer Verurteilung endete.

Trotz aller politischen Aktivitäten hatte ich zu dieser Zeit in meiner eigenen tKDV resigniert. Ich war zwar weiterhin von der Richtigkeit dieses Schrittes überzeugt, sah jedoch keine Möglichkeit mehr, die 16monatige Knastzeit abzuwenden. Mehr aus grundsätzlichen Überlegungen und aus Gewohnheit schöpfte ich daher alle Rechtsmittel aus, was dann vollkommen unerwartet zur Aufhebung der Verurteilung durch das OLG Düsseldorf führte.

Diese Resignation äußerte sich vor allem darin, daß es mir kaum möglich war, auf eigene Initiative eine größere Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit zu leisten. Mehr als "pflichtmäßige" Presseerklärungen waren mir zu dieser Zeit kaum möglich, was dann auch zu einem geringen Publikumsaufkommen bei den - eigentlich sehr wichtigen - Prozessen führte. Nach der Verurteilung startete ich zwar eine Petition an den Bundestag, doch selbst diese betrieb ich nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit.

Aus dem Motivationsloch kam ich erst durch das tKDV-Bundestreffen im Herbst 1989 in Stuttgart heraus, auf dem die Übergabe der OHNE-UNS-Redaktion an die Oldenburger tKDVer erfolgte und ich die Adressenverwaltung für das OU übernahm. Die sich daraus entwickelnde Zusammenarbeit mit den OldenburgerInnen führte zu einem Motivationsschub - allerdings auch erst - nachdem die OldenburgerInnen die Initiative ergriffen hatten. So kam es, daß zu meiner erneuten Doppelbestrafungsverhandlung eine breite Öffentlichkeitskampagne gestartet wurde, die in einer versuchten Gerichtsbesetzung im Vorfeld in Duisburg (bei der sich leider einer der Besetzer durch einen Sturz beide Beine brach) und einer bundesweiten Aktionswoche zur Abschaffung der Wehrpflicht gipfelte, bei der zwei andere zeitnah stattfindende Doppel- bzw. Dreifachbestrafungsprozesse mit eingebunden wurden.

Auf diese Öffentlichkeitsarbeit und die daraus resultierende große Resonanz des Prozesses (zahlreiche Briefe wurden im Vorfeld an den Richter geschrieben, und zum Prozeß selbst erschienen mehrere 100 Menschen) führe ich letztendlich den Erfolg zurück.

Zugleich mit der Arbeit zu diesem Prozeß fiel das Projekt DESERTEURE und die Vorbereitung eines weiteren Prozesses: im Oktober 1989 wurde der Frankfurter Arzt Peter Augst in einer zweiten Berufungsverhandlung vom Landgericht Frankfurt wegen der Äußerung "alle Soldaten sind potentielle Mörder", die er 1983 in einer Diskussionsveranstaltung gegenüber einem Jugendoffizier der Bundeswehr fallen gelassen hatte, vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen. Es folgte eine beispiellose RichterInnenschelte durch PolitikerInnen und Bundeswehr, die bis zum Vorwurf der Rechtsbeugung und der Forderung nach Sondergesetzen, um Beleidigungen der Bundeswehr unter Strafe zu stellen, ging. Meine Reaktion darauf war ein Leserbrief an die lokalen Zeitungen, in dem ich mich mit Peter Augst solidarisierte. Der Brief endete mit dem Satz: "Ich erkläre mich in vollem Umfang mit Herrn Peter Augst solidarisch und erkläre hiermit öffentlich: Alle Soldaten sind potentielle Mörder!"

Es kam, wie es kommen mußte: Anzeige wegen Beleidigung, Strafbefehl durch das Amtsgericht Mainz, Widerspruch und darauf folgend eine Verhandlung vor dem Amtsgericht im Juli 1990, die natürlich mit einer Verurteilung endete.

Doch die Arbeit am Projekt DESERTEURE, die gute Zusammenarbeit mit den OldenburgerInnen und auch die Vorbereitung dieses Verfahrens führten eher zu einem Motivationsschub, läßt sich doch gerade an der Äußerung "Alle Soldaten sind potentielle Mörder!" die gesamte antimilitaristische Kritik aufhängen. Die Repressionsdrohung führte hier auch nicht zu einer Lähmung, da im Vergleich zu tKDV die Repression sehr gering war/ist.

Nach dem Abschluß des tKDV-Verfahrens und dem kurz zuvor erfolgten Abschluß meines Studiums zog ich im September 1990 nach Oldenburg. Hier stieg ich zunächst voll in die OHNE-UNS-Redaktion ein. Die Redaktion entwickelte sich jedoch nie richtig zu einer Gruppe, und niemand machte das OU zu

seiner Sache, was sich negativ auf die Arbeit und damit auf die Qualität des OU auswirkte.

Im Sommer 1990 besetzte der Irak Kuwait, und sofort danach begannen die Vorbereitungen des Westens für den Krieg am Golf. Wie wohl fast überall tat sich zunächst in Oldenburg zunächst fast nichts, die antimilitaristische Szene schien eher gelähmt und unschlüssig, wie sie reagieren sollte. Erst zum Jahresende hin steigerten sich die Aktivitäten. Die Totalverweigerergruppe Oldenburg war darin eingebunden und versuchte in Zusammenarbeit mit anderen Soldatenagitation anzuschließen (Verteilung der Informationen für unzufriedene Soldaten) und Aktionen gegen die Verlegung von Alpha-Jets der Bundesluftwaffe vom Oldenburger Fliegerhorst nach Kurdistan zu organisieren. Es waren jedoch nur kleine Aktionen möglich, da sich zu diesem Zeitpunkt noch keine breite Bewegung gegründet hatte. Die geplanten Aktionen zur Störung der Verlegung mittels Fesselballons in der Abflugschneise scheiterten jedoch bereits im Ansatz am riesigen Polizei- und Feldjägeraufgebot.

Mit dem Näherrücken des Ultimatums wuchs auch in Oldenburg die Bewegung an, um ihren Höhepunkt nach dem Beginn der Bombardierungen zu erreichen (Verkehrsblockaden, Uni-Streik, zahlreiche Demonstrationen). Wie überall gab es jedoch kaum Strukturen und keine Strategie. Teilweise erschreckend war, wie so gut wie jeder Aktionsvorschlag auch befolgt wurde. Von der Totalverweigerergruppe wurde auf einer Demonstration zum Fliegerhorst ein Flugblatt verteilt, das den Vorschlag enthielt, diese regelmäßig jeden Sonntag zu wiederholen. Ohne Diskussion und ohne jede Organisation führte das dazu, daß diese Demonstrationen eine Zeitlang regelmäßig stattfanden.

Auf Initiative der Totalverweigerergruppe wurde ebenfalls eine Blockade des Fliegerhorstes organisiert, die jedoch - da sie erst Anfang Februar 1991 stattfand - bereits in die Zeit der abflauenden Bewegung fiel.

Ein großer Mangel der Bewegung war - wie wohl fast überall -, daß ihr jedes konkrete Ziel fehlte. Während auf den Straßen Massendemonstrationen stattfanden, rollten die Materialtransporte der Militärs nahezu ungestört durch die Republik. Und ebenso schnell wie die Bewegung gewachsen war, fiel sie auch wieder in sich zusammen.

Nach dem Ende des Golfkrieges plätscherte die Redaktionsarbeit des OU so vor sich hin, und schließlich wurde beschlossen, das OHNE-UNS zum Ende des Jahres 1991 wieder abzugeben - für die Oldenburger Totalverweigerer war die Arbeit nicht mehr leistbar, zumal die Gruppe als Gruppe immer mehr zerfiel und für die meisten die eigene tKDV abgeschlossen war. Mit der Übergabe der Redaktion an die Braunschweiger tKDV zerfiel die Gruppe schließlich endgültig und existiert heute höchstens noch als informeller Zusammenhang (und auch das nur teilweise).

Für mich selbst folgte nach dem Zerfall der Totalverweigerergruppe zunächst eine politische Pause. Weder packte mich ein Thema besonders, noch gab es eine Gruppe, in der ich mich menschlich und politisch zu Hause gefühlt hätte.

Die weiterhin notwendige Soliarbeit für meinen "Soldaten sind potentielle Mörder"-Prozeß organisierte ich überwiegend im Alleingang und - für die konkrete Prozeßvorbereitung - im Vertrauen auf die Anarchistische Assoziation Rhizom in Mainz (heute Anarchistisches Forum).

Ansonsten kam es lediglich aufgrund bestimmter Anlässe zu eigenen politischen Aktivitäten, wie etwa anlässlich der Einberufung von Uwe Ulsamer aus Emden zur Bundeswehr, bei der mit Unterstützung der ehemaligen Totalverweigerergruppe Oldenburg eine Reihe von Aktionen und schließlich ein Aktionsbüro "Uwe geht nicht!" zum Termin von Uwes Einberufung organisiert wurde.

AK Teststrecke:

Von der Teststreckenarbeit zur Graswurzelgruppe

Erst im Sommer 1992 stieß ich mehr zufällig zum AK Teststrecke, der sich im Herbst 1991 gegründet hatte und Unterstützungsarbeit zum Widerstand gegen die Mercedes-Teststrecke im Papenburger Moor machte. Ich war angesprochen worden, da ich zu dieser Zeit an der Uni Oldenburg Stadt- und Regionalplanung studierte und mich daher in den Verfahrensfragen eines Raumordnungsverfahrens auskannte. Ich sagte meine Unterstützung in dieser Frage zu und blieb schließlich bei der Gruppe hängen, da der Politikstil und auch der Umgang miteinander mir zusagten und sich wohlthuend vom üblichen Gehabe der Linken unterschied.

Die Arbeit des AK Teststrecke wandelte sich von konkreter Unterstützung zu inhaltlicher Arbeit am Thema Teststrecke (vor allem durch das Raumordnungsverfahren, bei dem die wesentlichen inhaltlichen Impulse von dieser Gruppe kamen) und zur Arbeit an den Strukturen der "Teststrecken-Bewegung" (sofern von einer solchen gesprochen werden kann). Das führte zur Organisation eines Perspektiven-Treffens im Dezember 1992, der damit beginnenden Herausgabe des Teststrecken-Rundbriefs (5 Ausgaben wurden vom AK Teststrecke erstellt) und zur Erstellung einer umfangreichen Broschüre, die schließlich im Sommer 1993 erschien.

Während sich der AK Teststrecke jedoch in Richtung eines gewaltfrei-anarchistischen Politikverständnisses entwickelte (fast der gesamte AK nahm an den Libertären Tagen Ostern 1993 teil und versuchte danach, eine libertäre Vernetzung in Oldenburg anzuschließen, die jedoch bereits nach dem ersten Libertären Frühstück wieder einschliefl), entwickelte sich das Hüttendorf im Papenburger Moor in Richtung eines autonomen Politikverständnisses. Konflikte blieben so nicht aus.

Es fanden daher kaum gemeinsame Aktionen statt. Die "Besetzung" des Fraktionsbüros der niedersächsischen Landtagsfraktion der Grünen im Mai 1993 war somit eine Aktion der AK Teststrecke, während sich das Hüttendorf auf eine Demonstration zum zweiten Jahrestag der Besetzung im Juli 1993 konzentrierte.

Die Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe in Papenburg selbst durch den

AK Teststrecke Oldenburg in Zusammenarbeit mit dem inzwischen (wieder) gegründeten Papenburger AK Teststrecke machte schließlich deutlich, daß sich die Oldenburger Gruppe inhaltlich vom Thema Teststrecke immer mehr verabschiedet hatte. Als Konsequenz daraus erfolgte eine längere interne Diskussion über Selbstverständnis und Ziele, die schließlich zur Umbenennung in Graswurzelgruppe und zur Verlagerung des inhaltlichen Schwerpunktes führte.

Für das folgende Jahr war der Schwerpunkt der Arbeit die Organisation einer Kampagne zur gewaltfreien Politik, die schließlich in einer Veranstaltungsreihe im Januar und Februar 1995 gipfelte.

Dazwischen lag immer wieder die Beteiligung an und Organisation von Aktionen zur Verhinderung des CASTOR-Transportes nach Gorleben, in die fast die gesamte Gruppe eingebunden war, an der ich mich jedoch weniger beteiligte (nicht aus inhaltlichen, sondern aus Gründen der eigenen Arbeitsauslastung). Mein eigener Schwerpunkt führte mich wieder näher an das Thema Antimilitarismus. Seit dem FöGA-Bundestreffen im Juni 1994 beteilige ich mich an der internationalen Arbeit der FöGA im Rahmen der War Resisters' International (WRI) und habe daher auch an der WRI-Dreijahreskonferenz im Dezember 1994 im Süden Brasiliens teilgenommen.

Diese Konferenz hat zu einer Reihe von internationalen Kontakten geführt, und als erste Konsequenz wird im Mai 1995 von der Graswurzelgruppe eine Veranstaltung mit einem türkischen KDVer organisiert.

Die Graswurzelgruppe Oldenburg wird auch in Zukunft meine eigene politische Heimat bleiben, findet sich hier doch ein breit getragener politischer Grundkonsens in Richtung ökologisch - gewaltfrei - herrschaftslos und eine solide zwischenmenschliche Umgangsweise - natürlich auch nicht frei von Problemen.

Nach dem Abschluß der Veranstaltungsreihe zur gewaltfreien Politik steht jedoch zunächst eine Neuorientierung an, was den inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit der Gruppe angeht. In der Diskussion sind z.Zt. die Themen Anti-Rassismus und Anti-Sexismus.

Davon unberührt bleiben Aktionen zum CASTOR-Transport und zu anderen aktuellen Themen.

Mein eigener Schwerpunkt wird für die nächste Zukunft - neben der Arbeit am Gruppenthema - in der internationalen Arbeit im Rahmen der WRI AG der FöGA liegen.

Selbstverwaltung - die Suche nach Alternativen zum kapitalistischen Arbeitstrott

Aufgrund der eigenen Erfahrungen mit der kapitalistischen Arbeitswelt bekam für mich die Beschäftigung mit dem "*sozialistischen Beginnen*" (Gustav Landauer), mit den historischen Erfahrungen und aktuellen Möglichkeiten der Selbstverwaltung eine besondere Bedeutung. Diese Auseinandersetzung begann während meiner Ausbildung (siehe oben). In diese Zeit fiel der 50. Todestag

Erich Mühsams, der mich zu einer Beschäftigung mit Mühsam führte, und später der 50. Jahrestag der Ereignisse im Rahmen des spanischen BürgerInnenkrieges und der sozialen Revolution der CNT.

Doch diese Utopie einer selbstverwalteten Gesellschaft hat erstmal wenig Bezug zu den Möglichkeiten der Selbstverwaltung in der real existierenden kapitalistischen Ökonomie der BRD. Mein eigener Einstieg in praktizierte Selbstverwaltung ergab sich weniger als Folge einer konkreten und langfristigen Planung, sondern eher notgedrungen, da ich nach meinem Umzug nach Oldenburg keine zumindest inhaltlich befriedigende Arbeit im Bereich der Nutzung regenerativer Energien und der Energieeinsparung finden konnte. So entschloß ich mich zunächst, selbständig und freiberuflich in diesem Bereich zu arbeiten, auch wenn das ganze zunächst als Nebenerwerb neben dem Studium gedacht war. Mit Selbstverwaltung hatte das alles jedoch zunächst wenig zu tun.

Im Umfeld der Totalverweigergruppe kam es Ende 1991 zu einem ersten Versuch, in Oldenburg eine Diskussion zum Projekt A zu beginnen. Dieses Projekt hatte bundesweit durch die Etablierung einer ganzen Reihe von Betrieben im Rahmen des Zusammenschlusses WESPE (Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) in Neustadt an der Weinstraße eine erhebliche Ausstrahlung. Die Oldenburger Versuche kamen jedoch nicht über einen kleinen Diskussionszirkel hinaus, der sich jedoch bald wieder auflöste.

Ein zweiter Versuch wurde im Umfeld des AK Teststrecke nach den Liberären Tagen 1993 gestartet, führte jedoch auch nicht zu konkreten Ergebnissen, da für die meisten aufgrund des eigenen Studiums in nächster Zeit keine Notwendigkeit bestand, eine eigene Lebensperspektive in einem selbstverwalteten Projekt sofort aufzubauen.

Mittlerweile entwickelt sich ein neuer Versuch im Rahmen der Graswurzelgruppe, der auf ein Projekt in ca. 3 Jahren - voraussichtlich im Wendland - hinauslaufen soll. Da für mich selbst jedoch meine Perspektiven z. Zt. in Oldenburg liegen, beteilige ich mich daran vorläufig nicht.

Mit dem Einstieg in ein selbstverwaltetes Ingenieurbüro zum 1.1.1995 habe ich jetzt den Schritt in die Selbstverwaltung getan. Auch wenn sich diese - bewußt - auf den Bereich des Arbeitslebens beschränkt, so stellt dies für mich zur Zeit eine trag- und ausbaufähige Zukunftsperspektive dar. Selbstverwaltung wird dabei von uns nicht nur als hierarchiefreies Arbeiten ohne Chef verstanden, sondern ist auch mit einem gesellschaftlichen Anspruch verbunden (auch wenn es im Büro keinen anarchistischen Grundkonsens gibt). Dies äußert sich z.B. im Engagement innerhalb der AGÖF (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute).

Die eigenen Erfahrungen mit der Verbindung von Arbeiten und Leben führten jedoch dazu, daß ich zumindest im Moment eine Trennung bevorzuge. Daß vor allem deshalb, da eine zu enge Verbindung - vor allem, wenn es sich um ein sehr kleines Projekt handelt - bei finanziellen und sonstigen Problemen das eigene Abschalten, die notwendige Distanz erschwert oder sogar verunmöglichlicht.

Auch wenn ich bis heute die Utopie der Verbindung von Arbeiten und Leben in einem gemeinsamen Projekt nicht aufgegeben habe, so halte ich mittlerweile einen größeren Projektzusammenhang für erforderlich, der es ermöglicht, daß das Lebensumfeld im Projekt aus anderen Menschen besteht als das engere Arbeitsumfeld im selben Projekt. Die Möglichkeit einer Distanz - eines wirklichen Abschaltens - muß gewährleistet sein.

Im Moment gibt es von meiner Seite jedoch keine Aktivitäten, diesen größeren Rahmen zu schaffen. Neben der politischen Arbeit im Rahmen der Graswurzelgruppe beschränkt sich das "*sozialistische Beginnen*" im Moment auf die Konsolidierung des selbstverwalteten Ingenieurbüros - mit allen sich aus der kapitalistischen Realität ergebenden Widersprüchen.

Ausblick

Beim Rückblick auf meine bisherigen Aktivitäten entsteht bei mir der Eindruck, daß häufig das "gegen" im Vordergrund steht. Dies mag seine Berechtigung haben, gibt es doch genügend Projekte und Zumutungen der staatlichen Herrschaft, **gegen** die Widerstand bitter nötig ist. Doch häufig ist es auch einfacher, das "Gegen" zu definieren, während die positive Utopie nicht selten schwammig bleibt.

Ich will hiermit politische Aktivitäten, die ihren Schwerpunkt auf den Widerstand "gegen" irgend etwas legen, nicht abwerten, doch denke ich, daß letztendlich eine positive Utopie notwendig ist, um zum einen immer wieder die Kraft aufbringen zu können, "gegen" irgend etwas anzurennen, zum anderen aber auch Maßstäbe zu entwickeln, die eigenen Aktivitäten und Aktionsformen zu bewerten.

Und, vielleicht noch wichtiger: der Widerstand "gegen" allein kann nicht zur Verwirklichung unserer Utopie einer gewaltfreien, herrschaftslosen Gesellschaft führen; um unsere Utopie zur Topie werden lassen, muß jetzt mit der Umsetzung begonnen werden. Ohne "sozialistisches Beginnen" wird es keinen Sozialismus geben.

März 1995

Wichtige Texte

Kurt Tucholsky

Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegsablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht. Man kennt nur staatlich verhetzte Jugend.

Kurt Hiller

Wer meint, der Pazifist müsse, seiner Definition nach, ein friedfertiger, sanftmütiger, durchaus nachgiebiger, toleranter Mensch sein, ein niemals opponierendes, sich auflehndes, aggressives, gar zornentbranntes, vielmehr vom Honig der Eintracht und von allen Salben bedingungsloser Menschenliebe tiefendes Demutsgeschöpf, der hat den Pazifismus gründlich mißverstanden. Pazifismus bezeichnet keine Lammesgesinnung und keine Betschwertertugend, sondern die kämpferische Bewegung für eine Idee. Für welche Idee? Nicht für die Idee, daß auf Erden zwischen Menschen und Menschengruppen Kämpfe aufhören, sondern für die Idee, daß auf Erden Kriege aufhören. Kampf und Krieg sind nicht synonym. Krieg ist eine Form des Kampfes, ist blutiger Leiberkampf von Massen auf Leben und Tod, von Massen innerlich vielfach Unbeteiligter, also unschuldig in den Tod

Gehetzter - und diese Form menschlicher Auseinandersetzung, weil sie eine unmenschliche ist, will der Pazifismus aus der Welt schaffen. Nur diese.

Erich Mühsam

Der Gefangene

Ich hab's mein Leben nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasern,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:
Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen bessre Pflicht,
als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
der folgt, mich zu betrügen,
mir in den Kerker ohne Scham.
Ich soll dem Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Stell doch den Frevler an die Wand!
So kann's euch wohl genügen.
Denn eher dorre meine Hand,
eh ich in Sklavenunverstand
der Geißel mich sollt fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
darf ich in vollen Zügen
die Sonne atmen - Tyrannie!

Dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
 Verlern es, dich zu fügen!
 Sich fügen heißt lügen!

Gustav Landauer

Aufruf zum Sozialismus

Der Sozialismus ist ein Bestreben, mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit zu schaffen. Das muß zunächst gesagt werden; wenn auch das Wort Ideal durch traurige Heuchler und gemeine Schwächlinge, die sich gern Idealisten nennen, und sodann durch Philister und Wissenschaftskrämer, die sich gern Realisten nennen, in Verruf gekommen ist. In Zeiten des Niedergangs, der Unkultur, der Geistlosigkeit und des Elends müssen die Menschen, die nicht bloß äußerlich, sondern vor allem innerlich unter diesem Zustand, der sie umgibt und bis in ihren Kern, in ihr Leben, in ihr Denken, Fühlen und Wollen sie selber erfassen will, leiden, müssen die Menschen, die sich dagegen wehren, ein Ideal haben. Sie haben eine Einsicht in das Unwürdige, Gepreßte, Erniedrigende ihrer Lage; sie haben unsäglichen Ekel vor der Erbärmlichkeit, die sie wie ein Sumpf umgürtet, sie haben Energie, die vorwärts drängt, und also Sehnsucht nach dem Besseren, und daraus ersteigt ihnen in hoher Schönheit, in Vollendung ein Bild einer guten, einer reinen und gedeihlichen, einer freudebringenden Art des Zusammenlebens der Menschen. Sie sehen in großen, allgemeinen Zügen vor sich, wie es sein kann, wenn ein kleinerer, ein größerer, ein

ganz großer Teil der Menschen es so will und tut, wenn ein ganzes Volk, ganze Völker dieses Neue innerlich glühend erfassen und ins Äußere, in die Vollbringung wirken; und nun sagen sie nicht mehr, es kann so sein; sagen vielmehr: es soll, es muß so kommen. Sie sagen nicht - wenn sie erst Einsicht in die uns bekannte bisherige Geschichte der Menschengeschlechter haben, dann sagen sie nicht: dieses Ideal muß so nackt, so ausgedacht, so errechnet, wie es auf dem Papier steht, Wirklichkeit werden. Sie wissen wohl: das Ideal ist das Letzte, Äußerste an Schönheit und Freudeleben, was vor ihrem Gemüte, ihrem Geist steht. Es ist ein Stück Geist, es ist Vernunft, ist Gedanke. Nie aber sieht die Wirklichkeit dem Gedanken einzelner Menschen völlig gleich; es wäre auch langweilig, wenn es so wäre, wenn wir also die Welt doppelt hätten: einmal im vorwegnehmenden Gedanken, das andere Mal in der äußeren Welt genau so noch einmal. So ist es nie gewesen und wird es nie sein. Nicht das Ideal wird zur Wirklichkeit; aber durch das Ideal, nur durch das Ideal wird in diesen Zeiten unsere Wirklichkeit.

Publikationen der Erich-Mühsam-Gesellschaft

Die EMG gibt zwei Publikationsreihen heraus: das „Mühsam-Magazin“ und die „Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft“. In der Schriftenreihe werden vor allem wissenschaftliche Beiträge (z.B. die Referate der Tagungen) und geschlossene Texte abgedruckt. Das Magazin enthält unbekannte und bekannte Texte von Erich Mühsam, Nachrichten und Literatur zu Erich Mühsam, Informationen der Gesellschaft und andere Beiträge. Bisher sind erschienen:

Mühsam-Magazin:

Heft 1 (1989): Mit Beiträgen zur Gründung der EMG u.a. (vergriffen)

Heft 2 (1990): Mit Beiträgen zur Schulentlassung Erich Mühsams und zur Freundschaft zwischen Mühsam und Gustav Landauer u.a. (vergriffen)

Heft 3 (1992): Mit einem Beitrag von Hartmut Soell über Mühsams Verhältnis zu Herbert Wehner sowie einem Artikel von Lawrence Baron über Mühsams jüdische Identität u.a.

Heft 4 (1994): Mit der unveröffentlichten Erzählung „Tante Klodt“ von Erich Mühsam und einem Beitrag zur Geschichte des Verhältnisses des Katharineums zu Erich Mühsam u.a.

Heft 5 (in Vorbereitung)

Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft:

Heft 1 (1989): Chris Hirte: Wege zu Erich Mühsam (Vortrag aus Anlaß der Gründung der EMG in Lübeck)

Heft 2 (1991): Erich Mühsam - Revolutionär und Schriftsteller. Die Referate der 1. Mühsam-Tagung 1990 (mit Beiträgen von Rolf Kauffeldt, Bernt Engelmann, Chris Hirte, Dieter Schiller und Heinz Hug) (vergriffen)

Heft 3 (1993): Erich Mühsam und ... (der Anarchismus und Expressionismus; die „Frauenfrage“; Ludwig Thoma). Die Referate der 2. Mühsam-Tagung 1991 (mit Beiträgen von Wolfgang Haug, Hubert van den Berg und Bernt Engelmann)

Heft 4 (1993): Die Graswurzelwerkstatt (anläßlich der Verleihung des Erich-Mühsam-Preises) (vergriffen)

Heft 5 (1994): Der „späte“ Mühsam. Die Referate der 3. Mühsam-Tagung 1992 (mit Beiträgen von Wolfgang Haug, Bernt Engelmann und Hubert van den Berg)

Heft 6 (1994): Kurt Kreiler: Erich Mühsam - Leben und Tod eines deutschen Anarchisten (Vortrag in Oranienburg anlässlich des 60. Jahrestages der Ermordung Erich Mühsams)

Heft 7 (1995): Anarchismus im Umkreis Erich Mühsams. Die Referate der 4. Mühsam-Tagung 1993 (mit Beiträgen von Hubert van den Berg, Heiner Becker, Wolfgang Haug, Christoph Knüppel, Dieter Nelles, Nina Pawlowa und Wiebke Dau-Schmidt)

Heft 8 (1995): Musik und Politik bei Erich Mühsam und Bertolt Brecht. Die Referate der 5. Mühsam-Tagung 1994 (mit Beiträgen von Albrecht Dümmling, Chris Hirte und Gregor Hause)

Heft 9 (1995): Zenzl Mühsam. Eine Auswahl aus ihren Briefen. Hrsg. von Uschi Otten und Chris Hirte

Heft 10 (1995): Andreas Speck, Sich fügen heißt lügen. Die Geschichte einer totalen Kriegsdienstverweigerung - Überlegungen zur Verleihung des Erich-Mühsam-Preises 1995

Heft 11 (in Vorbereitung): Frauen um Erich Mühsam. Die Referate der 6. Mühsam-Tagung 1995 (mit Beiträgen von Uschi Otten, Wolfgang Kroeske und Reinhard Müller)

Soweit die Hefte nicht vergriffen sind, können sie bei der EMG erworben werden. (Je Exemplar DM 10,-)

Stand: September 1995

Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V.

Lübeck

1. Kunsthaus Lübeck, Königstr. 20, 23552 Lübeck
 2. c/o Sabine Kruse, Klaus-Groth-Str. 3, 23564 Lübeck
-

Längst überfällig war sie. Seit dem 111. Geburtstag existiert sie und soll mit **Ihrer** Unterstützung lebendige Arbeit leisten.

Aufgabe der Erich-Mühsam-Gesellschaft ist es, das Andenken des Schriftstellers zu erhalten, in seinem Geist die fortschrittliche, friedensfördernde und für soziale Gerechtigkeit eintretende Literatur zu pflegen und seine Absage an jede Unterdrückung, Gewalt und Diskriminierung von Minderheiten für die Gegenwart zu nutzen.

Die Erich-Mühsam-Gesellschaft führt regelmäßig Tagungen durch, veranstaltet Vortragsabende, baut das Archiv im Buddenbrookhaus auf, unterstützt die wissenschaftliche Forschung und vergibt einen Erich-Mühsam-Preis.

Ein früherer Lübecker Bürgermeister hat - bezogen auf Thomas und Heinrich Mann sowie Erich Mühsam - gesagt: "Daß die auch gerade alle aus Lübeck sein müssen - was sollen die Leute im Reich von uns denken!" Nun - die Brüder Mann mußten emigrieren, Mühsam wurde auf grausame Weise 1934 im KZ Oranienburg ermordet. Das "Reich" ging kaputt...

Der Schriftsteller, Dramatiker, Bänkelsänger, Lyriker, Zeichner, Essayist, antimilitaristische Agitator und Journalist Erich Mühsam gehört zu den bedeutendsten und vielseitigsten kritischen Talenten Deutschlands im frühen 20. Jahrhundert. Es gilt, diesen wichtigen Sohn Lübecks, der für Frieden und Freiheit kämpfte, in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ein gutes Zeichen: Der heutige Bürgermeister von Lübeck gehört der Erich-Mühsam-Gesellschaft an.

Die Erich-Mühsam-Gesellschaft e.V. Lübeck ist vom Finanzamt Lübeck nach § 5, Abs. 1, Nr. 9 KStG mit Steuernummer 662-HL als gemeinnützig anerkannt.

Bankverbindung: Sparkasse zu Lübeck (BLZ 230 501 01), Konto-Nr.: 103 44 38.

ISSN: 0940-8975
ISBN: 3-931079-12-0